Nr. 313 XXVIII. Jahrgang

Freitag, 24. Dezember 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile 81 mm breit M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Inseraten oder Kunstsatz 20 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenangebot 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Unverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Von Brüssel nach Nizza

Eine neue Etappe in der französischen Außenpolitik

Von unserm o.-Mitarbeiter

Paris, 22. Dezember

Den Vertretern des nationalen Blocks kam der Rücktritt des französischen Kriegsministers Lefèbre deshalb sehr gelegen, weil sie von dem Ministerpräsidenten Leygues einige auf die auswärtige Politik und die militärische Vorherrschaft Frankreichs bezügliche Fragen stellen konnten. Daß Lefèbre aus Gründen militärpolitischer Art zurücktreten war, bezweifelten die Kenner der Lage nicht. Sie wollten aber Genaueres über die diplomatischen Beweggründe dieser Demission erfahren, feststellen, ob nicht etwa der neue Kurs des Auswärtigen Amtes für die angebliche Schwächung des militärischen Schlagfertigkeit Frankreichs verantwortlich zu machen sei. Freunde des Deputierten Barthou, der bekanntlich die Traditionen des gegenüber England mißtrauischen Franzosen vertritt, sprengten die Nachricht aus, daß die französische Außenpolitik in Brüssel einer ernsten Korrektur unterzogen und sich in Nizza, wo Ende nächsten Jahres die orientalischen Fragen auf dem Programm stehen sollen, endgültig der englischen Auffassung zukehren werde. Zu gleicher Zeit drohten die Nationalisten und einige Royalisten das Schlimmste Kriegsgeschrei: Wir schwächen unsre Armee und stellen uns einem Angriffe des rachsüchtigen Deutschland bloß!

Die Kammerdebatte über den Rücktritt Lefèbres enthielt also Elemente, die einer vorbereiteten Regierung gefährlich werden konnten. Das gegenwärtige Kabinett ließ sich jedoch nicht überrumpeln, es sympathisierte vielmehr mit den französischen Nationalisten und ließ durch die Stimme des Herrn Leygues betonen, daß die militärischen Kräfte Frankreichs durch den Rücktritt Lefèbres in keiner Weise geschwächt seien. Die Sitzung stand also im Zeichen einer künstlich konstruierten deutschen Gefahr und wurde vom Herrn Leygues auf dieses Terrain absichtlich verschoben. Wobei für den Ministerpräsidenten die dringliche Aufgabe entstand, die offenen Angriffe Barthous gegen England abzulenken und an Stelle der „westlichen Gefahr" die östliche Gefahr zu setzen. Wie weit der Ministerpräsident gehen mußte, um die Kammer in die ihm passende Stimmung zu versetzen, geht daraus hervor, daß er den erbittertsten Deutschenhassern Daudet und Galli besonders zu Diensten war. Daudet erzählte, daß sich in Marokko ein deutscher Generalstabsoffizier mit der Organisation eines heiligen Krieges gegen Frankreich beschäftige. Herr Leygues versprach mit ernster Miene, die Angelegenheit untersuchen zu lassen und gewann sich dadurch den Beifall der äußersten Rechten. Galli brachte einen Greuelbericht vor, des Inhalts, daß einige Tage nach Abschluß des Waffenstillstandes ein deutscher Offizier in Langensalza acht französische Soldaten habe ermorden lassen. Der Ministerpräsident versprach, über die „Mörder" Erkundigungen zu machen und nötigenfalls nach Berlin eine Note zu richten. Damit nicht genug; Herr Leygues stimmte in den Chorus der Hetzer mit ein und brachte eigene Klagen gegen Deutschland vor, Klagen, die wegen ihrer Banalität nicht einmal mehr in der gelben Boulevardpresse erscheinen können, da man ja längst darüber mit der Achsel zuckt. Es handelt sich um die gefährliche „deutsche Propaganda" in den Vereinigten Staaten, wie überhaupt in allen zivilisierten Ländern; diese Propaganda bringt, nach Überzeugung des Herrn Leygues, Frankreich in den Ruf einer militaristischen Macht, die danach strebe, in Europa eine Gewaltherrschaft aufzurichten. Der Ministerpräsident erblickt in dieser Propaganda einen großen Schaden für die Republik und gibt die Versicherung, daß man der deutschen Wühlarbeit ein Ende machen werde.

Freilich vergißt Herr Leygues folgendes: die Klage über militärische Strömungen in Frankreich und die imperialistischen Kraftproben in und außerhalb Europas kommen von wohlbekannten englischen Freunden Frankreichs. Herr Leygues braucht bloß in die Londoner Wochenschrift „Nation" die Beschwerden Englands über das heutige Frankreich zu lesen, er würde daraus erfahren, daß man in führenden englischen Kreisen mit Unbehagen auf den eroberungssüchtigen „Alliierten" blickt. Von einem Bündnis mit Frankreich will man in England nichts wissen und verweist die Republik auf den Völkerbund. Ebensowenig ist man in England mit den militärischen Unternehmungen der Republik im Osten einverstanden und erwartet, daß das Pariser Kabinett bald zur Einsicht gelangen wird. Um Frankreich einer maßvollen und aufbauenden Politik in Europa zuzuführen, wäre die englische Regierung — der „Nation" zufolge — bereit, die französischen Anleihen bei England zu streichen, die Quote Englands an der deutschen Entschädigungsschuld preisgeben und schließlich von dem Erlös der deutschen Schiffsverkäufe an Frankreich einen Teilbeitrag abzuführen. Dafür hätte Frankreich die Verpflichtung auf sich zu nehmen, seine militär-politischen Pläne am Rhein, in Polen, in der Tschecho-Slowakei, in Ungarn, in Kleinasien aufzugeben und sich mit England sowie mit Italien endgültig zu verständigen.

Der französische Ministerpräsident unterschiebt also Deutschland eine Propaganda, die englischen Ursprungs ist. Und taktischen Gründen beschuldigte er das „Reich", weil Barthou auf England gehörig losging und sogar seinen Freund Senator Poincaré zitierte, der in den erlebten Aufsätzen England für die Demolierung des Versailler Vertrages verantwortlich zu machen sucht. Barthou kam sogar auf das Buch Caillaux zu sprechen, in dem der englische Imperialismus gründlich abgetan wird.

Die Kammerdebatte schlaß mit einer Tagesordnung, die man als eine Absage an englische Mäßigungsvorschläge bezeichnen kann. Es wird von dem Kabinett eine energische Politik verlangt, die überall Frankreichs Rechte verteidigen soll. Der Umstand, daß der Beschlußantrag des Nationalisten Bokelmann die Mehrheit errang, beweist zur Genüge die zwiespältige Lage, in der sich jetzt das Kabinett Leygues befindet. In Brüssel soll man sich mit den Deutschen verständigen und dem Unvermögen des deutschen Volkes Rechnung tragen, die Entschädigungsschuld in Geldwert zu bezahlen. In Nizza soll eine Abgrenzung, wenn nicht Verminderung der französischen Machtstellung im Orient zustande kommen. Der Vertrag von Sèvres steht auf dem Spiele und das französische Kabinett wünscht eine Korrektur des Vertrages, selbst auf die Gefahr hin, sich bereits erhaltener Zugeständnisse zu begeben. Die Leiter der heutigen französischen Außenpolitik werden sich dem Ziele zu, die Freundschaft der Türkei zu gewinnen und dafür Opfer zu leisten. Ob sich aus diesem Kurswechsel eine Verminderung der Militärausgaben ergeben wird, ist den politischen Kreisen nicht klar, denn man sucht jetzt im Kaukasus eine neue militärische Basis gegen Rußland aufzurichten, mit dem Zwecke, die Annäherung der Türkei an Rußland und weiterhin an Deutschland vom Kaukasus aus zu verhindern.

All dies konnte Herr Leygues in der Kammersitzung nicht sagen. Das französische Parlament wird aber in Kürze vor einige vollzogene Tatsachen gestellt werden, deren Notwendigkeit sich bereits heute den nüchternen Beobachtern aufdrängt. Die neue Etappe in der französischen Außenpolitik hat in Brüssel ihr erstes, wenn auch noch bescheidenes Ergebnis gezeitigt. Die großen Entscheidungen werden auf der Zusammenkunft der drei Ministerpräsidenten in Nizza fallen. Aus der Klärung der orientalischen Fragenkomplexes wird sich die englisch-französische Einigung über die europäische Politik beider Mächte ergeben. Man sieht die Lösung der Entschädigungsfrage für eng mit den diplomatischen Verhandlungen verknüpft, die über Brüssel nach Nizza und weiterhin zur endgültigen Wiedergutmachungskonferenz führen sollen.

Die Brüsseler Konferenz

Havas-Reuter berichtet:

Die Berichterstattung der alliierten Spezialdelegierten wurde in der Interalliiertensitzung vom Mittwoch zu Ende geführt. Es ist vereinbart worden, daß die Sonderbesprechungen während der Vertagung der Konferenz fortgesetzt werden sollen, indem die alliierten Sachverständigen mit den deutschen Sachverständigen in Verbindung bleiben.

Den deutschen Delegierten ist vorgeschlagen worden, sich am 10. Januar 1921 mit festen Vorschlägen und genauen Antworten auf die ihnen übermittelten Fragen wieder in Brüssel einzufinden.

Eine Anzahl deutscher Delegierten, insbesondere Staatssekretär Bergmann, begibt sich nach Paris, was den Austausch der Ansichten besonders über die Frage der Reparation in natura erleichtern wird, die auf französischer Seite Seydoux anvertraut ist. Lord d'Abernon, der die Frage der Reparation in Geld behandelt, wird sich hintereinander nach Paris, London und Berlin begeben. Unter den andern Spezialdelegierten sind zu nennen: d'Amelio-Italien für die Handelsbeziehungen, Sektsho-Japan für die Handelsflotte und Omer Lepraux-Belgien für die deutschen Schulen im Auslande. Cheysson ist beauftragt worden, die Möglichkeit von Streichungen im deutschen Staatshaushalte zu untersuchen.

In dieser Hinsicht wird darauf aufmerksam gemacht, daß einer der Hauptgrundsätze, den die von den Sachverständigen verfertigten Berichte enthalten, in einer Reihe von Maßnahmen besteht, die dazu dienen sollen, einen ganzen Komplex parasitärer Ausgaben hinsichtlich der Ausführung des Friedensvertrages einzuschränken, die sowohl die Budgets der Alliierten wie des Deutschen Reiches belasten.

Der Gesamtplan der Reparation in natura ist in seinen großen Linien schon weit vorgeschritten. Im einzelnen muß er noch ausgearbeitet werden. Für die Reparation in Geld hat die Vereinbarung von Boulogne einen Rahmen geschaffen, an den man meint sich halten zu können. Es wird von einem „geistreichen System" gesprochen, durch das die Alliierten bald an den Reparationen in natura, bald an den Reparationen in Geld oder an beiden gleichzeitig teilnehmen würden, das ihre dringendsten Bedürfnisse befriedigen und gleichzeitig ermöglichen würde,

die Ausfuhr Deutschlands so zu begünstigen, daß sich die Erholung seiner Valuta und seiner wirtschaftlichen Lage erleichtern wird

Aber über diesen Plan werden noch keine genauen Angaben gemacht. Uebrigens muß er, ebenso wie die andern Vorschläge, auch noch die Billigung der beteiligten Regierungen finden.

•

Vertagung

Die Brüsseler Sachverständigenkonferenz wurde am Mittwoch nach einstündiger Sitzung auf Montag den 10. Januar vertagt. Die Sitzung war durch einen Bericht von Delacroix über den Stand der bisherigen Arbeiten der Konferenz ausgefüllt, die, wie Delacroix besonders betonte, trotz der kommenden Feiertage auch in der Zwischenzeit durch die mit der Prüfung und der Erörterung der Einzelfragen beauftragten alliierten und deutschen Delegierten kräftig gefördert werden sollen. Das zweite Mitglied der französischen Delegation Cheysson hat die Prüfung und Erörterung etwaiger Fragen übernommen. Die Spezialfrage des Clearing wird von dem zweiten englischen Delegierten Sir John Bradbury weiterbehandelt werden. Die Arbeiten der Konferenz werden also unbeschadet der Pause in vollem Gange bleiben.

Die deutsche Delegation hat Brüssel bereits verlassen.

•

Die Behandlung der deutschen Delegation

zg. Berlin, 23. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die optimistischen Pressemeldungen aus Brüssel über die günstigen Aussichten der Brüsseler Konferenz finden an Berliner amtlicher Stelle keine Unterstützung. Vielmehr wird, wie aus Gesprächen der Reichsminister mit Parlamentariern hervorgeht, nach wie vor mit der noch immer ungünstigen Lage der deutschen Delegation als einem Hemmnis zu einer wirklichen Verständigung gerechnet. Noch immer ist den Deutschen die Teilnahme an den Besprechungen der Alliierten verwehrt und noch immer müssen sie, wenn sich die Alliierten beraten wollen, den Saal verlassen.

•

Das Unrecht an Eupen und Malmedy

Die belgischen Blätter veröffentlichen folgende Note über Eupen und Malmedy, die ihnen vom Ministerium des Äußern zugegangen ist:

Die deutsche Regierung hat dem Generalsekretariat des Völkerbundes unterm 13. d. M. ein Schreiben zugehen lassen, dem als Anhang ein Memorandum mit Bemerkungen der deutschen Regierung über die Entscheidung des Völkerbundsrates vom 20. September über die endgültige Wiedereingliederung (rattachement) an Belgien beigefügt ist. Das Generalsekretariat des Völkerbundes hat dieses Dokument den Mitgliedern des Völkerbundes mit der bereits aus Genf bekannten Note vorgelegt. Das belgische Ministerium des Äußeren erklärt dazu:

Aus dieser Note ergibt sich, daß die Zuweisung dieser beiden Kreise an Belgien durch den Völkerbundsrat eine endgültige geworden ist und daß der Völkerbund der Ansicht ist, daß die deutschen Behauptungen durch den ausführlichen Bericht der belgischen Regierung vom 17. August d. J. widerlegt worden sind. Diese Note macht endgültig den Erörterungen zwischen Deutschland und dem Völkerbunde über Eupen und Malmedy ein Ende.

•

Der Bruch des Friedensvertrages

☞ Paris, 23. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) **Hier verlautet, daß die letzte deutsche Note wegen der Abstimmung in Oberschlesien von den Verbündeten nicht beantwortet werden soll. Die interalliierte Kommission wurde angewiesen, die Abstimmung nach ihrem Gutdünken zu regeln und auch den Tag der Abstimmung festzusetzen. Die Reichsoberschlesier werden eine Zeit nach den in der Heimat verbliebenen in ihren Heimatgemeinden abstimmen.**

•

Deutschland und der Völkerbund

✕ London, 23. Dezember. Lord Robert Cecil erklärte einem Vertreter des Reuterschen Bureaus über das Ergebnis der Völkerbundsversammlung in Genf u. a., der Völkerbund habe die Aufnahme neuer Staaten gewährleistet. Es sei ein gutes Zeichen für die Zukunft, daß Österreich und Bulgarien zugelassen würden. Die Zulassung Deutschlands werde denselben Bedingungen unterworfen werden wie die Bulgariens. Es werde nicht unumgänglich notwendig sein, daß Deutschland alle seine Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrage erfüllt habe. Es werde genügen, wenn es Beweise seines aufrichtigen und guten Willens gebe.

•

Konferenz in Washington?

✕ Washington, 23. Dezember. Der Abgeordnete Crooke hat im Repräsentantenhause den Antrag gestellt, den Präsidenten Wilson zu ersuchen, alle Nationen zur Beschickung einer internationalen Konferenz in Washington einzuladen, um die Wege für eine allgemeine Abrüstung zu prüfen.

•

Gegen wen?

xg. Karlsruhe, 23. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Am Rhein zwischen Straßburg und der Grenze der Pfalz beginnen die Franzosen mit dem Bau von Fortifikationen. Bei Kehl sind große französische Arbeiterbataillone am jenseitigen Rheinufer wahrzunehmen.

Uebersiedlung der Sowjetregierung nach Petersburg

✕ Stockholm, 23. Dezember. **„Nya Dagligt Allehanda" meldet aus Reval: Die Erregung in Moskau nimmt mit jedem Tage zu und hat ihren Höhepunkt erreicht, nachdem der Beschluß der Sowjetregierung betreffend die Bewilligung von großen Konzessionen an ausländische Kapitalisten in der Oeffentlichkeit bekannt geworden ist. Die Erregung ist so stark, daß der Rat der Volkskommissare beschlossen hat, nach Petersburg überzusiedeln. Als Grund dieser Uebersiedlung gibt der Rat an, daß die erregte Stimmung die ruhige Arbeit der Regierung stört. In dem Telegramm heißt es ferner, daß die Volkskommissare sich nicht auf ihre Schutzabteilungen verlassen können, weshalb sie noch vor der beschlossenen Uebersiedlung chinesische und lettische Truppen zusammengezogen haben, unter deren Schutz die Uebersiedlung stattfinden soll.**

•

Die russischen Konzessionen

✕ London, 23. Dezember. „Morning Post" will von zuständiger Seite erfahren haben, daß die Delegation Krassin mit großen englischen Petroleumfirmen Verhandlungen über die Gewährung von Konzessionen in den Petroleumfeldern von Baku und Grosnyj angeknüpft habe. Die in Frage kommenden Petroleumfelder lieferten 95 Prozent der gesamten Petroleumerzeugung Rußlands.

•

Ein Ultimatum Armeniens an Georgien

✕ London, 23. Dezember. Nach einer Reutermeldung hat die armenische Sowjetregierung ein Ultimatum an die Regierung von Georgien gerichtet, in dem die Räumung der neutralen Zone zwischen beiden Ländern gefordert wird. Die georgische Regierung hat diese Forderung abgelehnt.

•

Der Zustrom aus dem Osten

zg. Berlin, 23. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Mitteilung in der Bürgerversammlung Berlin-Norden waren am 1. Dezember 143 000 östliche Einwanderer in Berlin gemeldet, deren Heimatsorte jenseits der alten deutschen Grenze liegen.

Noch immer: „Nord und Süd"

Von Staatsminister a. D. Dr. Ernst Müller (Meiningen)

Das alte und immer neue Thema! Merkwürdig: Die Idee der internationalen Völkerversöhnung wird von unzähligen deutschen Zungen untersucht, gepriesen und besungen: Man bemüht sich, dieses ideale Ziel mit allen Mitteln vorzubereiten und zu erreichen. Aber das Allernächstliegende, die Erreichung der inneren Einigkeit des deutschen Volkes, der deutschen Stämme, wird beinahe vergessen. Erst wäre die innere Aussöhnung der Deutschen selbst auf allen Wegen anzustreben, bevor in echtdeutscher Ideologie die Aussöhnung mit den feindseligsten Nationen, unsern Todfeinden im Krieg und im Frieden, in die Wege geleitet werden will. Und das alles in einer Zeit, die den schmählichsten Zusammenbruch der „Völkerversöhnung" bedeutet? Völkerbundstagungen mit großartiger Filmaufmachung und Anreizung zu neuem, ungezügeltem Völkerhaß durch Verbreitung von Syphilis, Nachtis und Tuberkulose, durch eine sogenannte „Friedenspolitik", die der Ausbund menschlicher Heuchelei ist.

Und in Deutschland —? Man beschäftigt sich in den Gazetten mit angeblichen „Verschwörungen" in Bayern, großen separatistischen Bewegungen, von der „Sonderwurst der Bayern", der berühmten „Orgeich", die es in Bayern gar nicht gibt. Man behandelt sich offiziell, à la Severing, als Feinde, spielt Franzosen gegen die „Einwohnerwehr" aus, erfindet selbst das schändliche Schlagwort: „Einmarsch im Ruhrrevier oder Beseitigung der bayrischen Einwohnerwehr!" Und wundert sich dann bei einer so törichten Politik, daß „zwangsläufig" — wie der liebliche neudeutsche Ausdruck lautet — der Zorn und die Abneigung von Nord und Süd immer größer werden! Das Volk (und seine sogenannten Führer sind es noch mehr) ist noch immer schwerkrank. Denn nur ein psychisch schwer krankes Volk kann so törichte und gottverlassen handeln wie das deutsche.

Die seit den Urvätern ererbte deutsche Eigenbrödelei hat uns den Krieg verlieren lassen. Wir waren und sind heute noch — unzählige „Völker", die sich gegenseitig fanatischer und zäher bekämpfen als den äußeren Feind, soweit dieser nicht, wie der Franzose, durch unmittelbares radikalisches Treiben den Volkshaß aufweitscht.

Das furchtbare Schicksal von 1918 hat uns noch lange nicht erzogen. Erst das bodenlose Elend, das aus der Schande von Versailles und Spa kommt, wird uns mit der Zeit überzeugen, wie wahnwitzig wir handelten und heute es noch gegeneinander treiben. Die Volkswut wird dann neue radikale Torheiten begehen und das Kind vom neuem mit dem Bade ausschütten. Der großen „Reaktion" werden eine Umwälzungen folgen. Doch ich will nicht prophezeien, sondern sagen, was ist. Wer eindringend schildern wollte, wie das alles so kam, wie aus der Stimmung des 1. August 1914 die des 8. und 9. November 1918 entstehen konnte, müßte ein dickes Buch über den Krieg schreiben, würde aber damit wenig aufklären können. Er müßte eher bis zu Tacitus und die alten streitsüchtigen und ewig uneinigen Germanenstämme zurückgreifen, um massenpsychologisch all das zu erklären, was uns heute nach den letzten 50 Jahren trotz alledem fast unerklärlich erscheint. Denn millionenfach sind die Fäden persönlicher Art, die den Norden und Süden verbinden. Eine Trennung — schlagwortartig und im Zorn drohend ausgerufen — erscheint jedem Verständigen so unmöglich, so — ich habe keinen andern Ausdruck — so wahnsinnig, daß auch das bloße Spielen mit dem Gedanken als Ausgeburt einer massenpathologischen Erkrankung erscheinen muß.

Vieles geschah im Kriege, noch mehr nach dem Kriege, was die gegenseitige Erbitterung aufpeitschte! Vieles künstlich und als raffinierte Mache! Man denke nur an den bayrischen Spartakisten Berliner Prägung Kurt Eisner, der es ja bis zum Abbruch der Beziehungen mit Berlin brachte! Komödiantenhafter, aber raffinierter Mißbrauch vorhandener partikularistischer Mißstimmung! Das Ganze innerhalb der wildesten nitarischen Partei, die heute Berlin ähnlich ansieht wie die kommunistische Welt Moskau: als die Quelle ihrer parteipolitischen Macht und Herrlichkeit!

Durch die allzu nahe Berührung im Kriege stieß die süddeutsche Lebensauffassung, die mehr dem Gefühl, der sog. „Gemütlichkeit", in weitestem Sinne entspringt, mit der herberen, rein verstandesmäßigen des Norddeutschen hart zusammen: Das „Sichzimmerverstehen", „Sichdagestoßenfühlen" wuchs durch die schweren Sünden der kriegswirtschaftlichen Zentralisation: Berlin, schon früher über Gebühr unbeliebt, wurde zuletzt der Ausdruck des gemeinsten, den Süden auspowernden Schieber- und Wuchertums. Der Gedanke, daß sich der Norden am Süden bereichere, wurde immer allgemeiner: Tausend und abertausend Sünden aller Art vermehrten das Uebel. Das Wirken meistens norddeutscher und östlicher Elemente bei den Revolutionen im Süden, vor allem in Bayern, verstärkte die Abneigung, die vom Demagogen mit andern Zielen geschickt benutzt wurde. Schwere Fehler der Reichs- und der preußischen Regierung vollendeten das Unheil, das von einer skrupellosen, sensationssüchtigen Presse reichlich zum Schaden des Reichsgedankens ausgenützt wurde. Es liegt nahe, vor allem bei den gefährlichen Treibereien von Wien aus, das Wirken ententistischer Korruption und vor allem französischen Geldes an einzelnen Stellen anzunehmen.

Was nun? Das erste, was ich rate, um das Unheil nicht bis zur Katastrophe kommen zu lassen, ist: Ihr norddeutschen Brüder glaubt 95 Prozent